

II-3736 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVI. Gesetzgebungsperiode

Nr. 1819 N

1986 -01- 24

A n f r a g e

der Abgeordneten Dr. Graff

und Kollegen

an den Bundesminister für Justiz

betreffend Streichung von Budgetmitteln für den Anschluß von
Rechtsanwälten und Notaren an das automatisierte
Grundbuch

In den Beratungen des Finanz- und Budgetausschusses vom
19.11.1985 über den Bundesvoranschlag 1986 betreffend das Kapitel
Justiz richtete der Erstunterzeichner an den Bundesminister für
Justiz die Frage, ob es zutreffe, daß im Zuge der interministe-
riellen Verhandlungen vor der endgültigen Budgeterstellung von
seiten des Bundesministers für Finanzen dem Justizressort rund
S 50 Mio., die für den weiteren Ausbau der Grundbuchsumstellung
vorgesehen waren, gestrichen worden seien. Hierauf antwortete
der Bundesminister für Justiz etwas ausweichend damit, daß Ein-
schränkungen nicht im Grundbuchsbereich, sondern lediglich bei
den Fremdanschlüssen erfolgt seien (Parlamentskorrespondenz vom
19.11.1985, 16. Bogen).

Diese Antwort des Bundesministers für Justiz, die im Ergebnis
darauf hinausläuft, daß in Ansehung der Kosten für die Anschlüsse
von Rechtsanwälten und Notaren die Streichung von Budgetmitteln
vorgenommen wurde, läßt unbeantwortet, in welcher Größenordnung
sich diese Streichungen bewegten, welche praktischen Auswirkungen
sich hieraus für die Grundbuchsumstellung ergeben und welche
Gründe für die Streichung dieser vom Bundesministerium für Justiz
gewünschten Budgetmittel bestimmend waren.

Die unterfertigten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Justiz folgende

A n f r a g e:

- 1) Auf wie hoch beläuft sich die vom Bundesminister für Finanzen gegenüber Ihren Vorstellungen vorgenommene Streichung von Budgetmitteln für das Finanzjahr 1986 in Ansehung der Fremdanschüsse - insbesondere für Rechtsanwälte und Notare - im Zusammenhang mit der Grundbuchsumstellung?
- 2) Auf wie hoch belaufen sich die insoweit für Fremdanschüsse verbleibenden Budgetmittel für das Finanzjahr 1986?
- 3) Unter welchem Ansatz (unter welcher Post) scheinen die verbleibenden Budgetmittel auf?
- 4) Welcher Ansatz (welche Post) war von den seitens des Bundesministers für Finanzen vorgenommenen Streichungen betroffen?
- 5) Welche Erwägungen waren dafür bestimmend, diese Streichungen gerade im Bereiche der Fremdanschüsse vorzunehmen?
- 6) Welche Erwägungen waren insbesondere für Sie bestimmend, diesen vom Bundesminister für Finanzen vorgeschlagenen Streichungen gerade im Bereiche der Fremdanschüsse zuzustimmen?
- 7) Welche Alternativen an Streichungen von Budgetmitteln des Justizressorts hätten bestanden (wurden vom Bundesminister für Finanzen vorgeschlagen), um die Streichungen im Bereiche der Fremdanschüsse zu vermeiden?
- 8) Weshalb wurden diese Alternativen von Ihnen nicht wahrgenommen?
- 9) Welche negativen Auswirkungen werden diese Streichungen von Budgetmitteln für die Praxis der Grundbuchsumstellung, insbesondere in zeitlicher Hinsicht bedingen?
- 10) Warum ist Ihnen - vergleichsweise - so wenig daran gelegen, daß der Zugang zum automatisierten Grundbuch für die Bürger und ihre rechtsfreundlichen Berater erleichtert wird?